Berichterstattung 2024 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Frühjahrstagung)

Bericht der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 23. Februar 2024

Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (nachfolgend IPBK)[1] trafen sich am 23. Februar 2024 zur halbjährlichen Konferenz in Appenzell. Unter der Leitung von Albert Manser, Grossratspräsident von Appenzell Innerrhoden und Vorsitzender der IPBK, nahmen die Delegierten der Landtage und Kantonsparlamente der vier Länder der Bodenseeregion an der 61. Sitzung teil.

Das Ziel der IPBK ist es, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Sie fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene. Die grosse Teilnehmerzahl zeigte deutlich, dass sich die Bodenseeregion durch eine grosse wirtschaftliche, gesellschaftliche und emotionale Bindung auszeichnet.

Im Zuge des ersten Hauptthemas diskutierte die IPBK über eine engere Zusammenarbeit und verstärkte Kooperation zwischen der IPBK und der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK). Es ist vorgesehen, dass sich die Leitungsgremien beider Konferenzen – Troika der IBK und Steuerungsausschuss der IPBK – einmal je Jahr treffen und dabei Informationen austauschen und gemeinsame inhaltliche Schwerpunkte definieren. Die Themen der IBK sollen durch die IPBK gespiegelt, kritisch hinterfragt und konstruktiv gewürdigt werden. Auch sollen die beiden Organisationen gemeinsam nach aussen wirken, um die Anliegen der Region kraftvoller vertreten zu können. So können Synergien genutzt und die Wirksamkeit erhöht werden. Die IPBK befürwortet eine engere institutionelle Verzahnung mit der IBK.

Im Mittelpunkt der Frühjahrstagung standen Fragen zur Umsetzbarkeit einer klimaneutralen Bodenseeschifffahrt. Nach einer ausführlichen Präsentation durch Prof. Dr. Werner Tillmetz, den Verfasser der Machbarkeitsstudie[2], fand eine anschliessende Podiumsdiskussion statt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen Interessenbereichen erörterten eingehend die Realisierbarkeit und Umsetzung einer klimaneutralen Bodenseeschifffahrt. Das Podium umfasste Werner Tillmetz, Stefan Risi vom Schweizerischen Bodensee Motorbootclub, Sandra Schoch, Landtagsvizepräsidentin von Vorarlberg (Die Grünen), und Christoph Witte, Geschäftsführer der Bodensee-Schiffsbetriebe GmbH, Konstanz. Moderiert wurde die Diskussion von Tommaso Manzin, Chefredaktor des Appenzeller Volksfreunds.

Im Fokus der Debatte stand insbesondere die Frage, ob politische oder gesetzgeberische Rahmenbedingungen sowie finanzielle Anreize notwendig sind, um eine klimaneutrale Schifffahrt zu fördern, oder ob Industrie und Privatpersonen auch ohne Förderungen und Beschränkungen eine klimaneutrale Verkehrszukunft auf dem See erreichen können. Die Diskussion verdeutlichte, dass gemeinsame Kooperationen und effiziente Konzepte entwickelt werden müssen. Stabile Rahmenbedingungen und erfolgreiche Pilotprojekte sind ebenso erforderlich, um eine klimaneutrale Schifffahrt auf dem Bodensee in naher Zukunft zu ermöglichen. Die Politik sollte

1 Für weitere Informationen siehe www.bodenseeparlamente.org.

2 Klimaneutrale Schifffahrt auf dem Bodensee – Machbarkeitsstudie 2023, abrufbar unter https://bodenseeparlamente.org/wp/wp-content/uploads/2024/02/Machbarkeitsstudie-2023-Klimaneutrale-Bodenseeschifffahrt.pdf.

dabei keine bestimmten Technologien bevorzugen, jedoch könnten finanzielle Anreize für die Umrüstung erforderlich sein. Jeder Einzelne ist aufgerufen, in seinem Bereich zur Erreichung der Ziele beizutragen.

Die Diskussion in der IPBK führte auch zu Fragen bezüglich der derzeit geltenden gesetzlichen Grundlagen. Ein Podiumsteilnehmer wies darauf hin, dass die Errichtung einer Wasserstofftankstelle in einem Kanton derzeit aufgrund bestehender Gesetze nicht möglich ist. Die St.Galler Delegation erwartet, dass die Voraussetzungen für die Einrichtung von Wasserstoff-Tankstellen im Kanton St.Gallen geschaffen oder entsprechend angepasst werden. Zudem hofft sie, dass das Thema der klimaneutralen Bodenseeschifffahrt verstärkt Gegenstand parlamentarischer Diskussionen wird.

Im Anschluss an eine intensive Fragerunde und Diskussion wurde klar, dass die IPBK die Haltung der IBK unterstützt. Die vorgeschlagenen Massnahmen in der Machbarkeitsstudie sollen sorgfältig evaluiert und angestossen werden, um möglichst bald zu einer klimaneutralen Bodenseeschifffahrt zu gelangen. Zusätzlich weist die IPBK darauf hin, dass für eine zeitnahe Umsetzung der klimaneutralen Schifffahrt auf dem Bodensee auch die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese finanzielle Unterstützung soll dabei gezielt auf die in der Machbarkeitsstudie empfohlenen Schritte ausgerichtet sein, um eine effektive und nachhaltige Umsetzung zu gewährleisten.